

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.



Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von G. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Kettwisch-Amtshaus 3002.

Der Friede,

den wir alle ersehnen, muß unsern Verband stark und gerüstet finden. Eifrigste Werbearbeit ist deshalb unsre Pflicht. Die Frühjahrsmonate sind dafür die geeignete Zeit. Also, auf ans Werk!

Werb für den Verband!

An anderer Stelle in dieser Nummer finden unsre Mitglieder das Ergebnis der Monatsstatistik für den ersten Monat des Jahres 1918. Das Ergebnis bringt eine gewisse Enttäuschung. Die Zahl der Neuaufnahmen ist von mehr als 5000 im Dezember auf wenig über 3000 zurückgegangen. Das ist gewiß immer noch ein beachtlicher Zuwachs, aber es ist weniger, als wir auf Grund der vorhergehenden Monatsergebnisse erwarten durften, und infolfern eine Enttäuschung.

Auf die vermutlichen Ursachen wird in dem erwähnten Bericht im Anschluß an die Feststellung des Rückgangs hingewiesen. Hier soll darauf nicht noch einmal eingegangen, sondern nur betont werden, daß wir uns nicht dabei beruhigen dürfen, wenn wir eine unliebsame Erscheinung erklären können, daß wir vielmehr versuchen müssen, sie zu vermeiden bzw. zu beheben.

Es wäre natürlich irrig, von einem Rückgang oder auch nur von einem Stillstand in der Entwicklung unsres Verbandes zu reden. Darum handelt es sich durchaus nicht. Wir haben vielmehr auch im Januar noch erfreulich mehr Mitglieder gewonnen als verloren; der Zugang war auch immer noch größer als im Januar des Vorjahres. Er war nur geringer als in den letzten Monaten des Vorjahres; er stellt also nur eine Verlangsamung des Tempos dar, des unsre Verbandsentwicklung im letzten Halbjahr 1917 angenommen hatte. Aber schon diese Verlangsamung im Tempo behagt uns nicht. Wir wollen nicht langsam, sondern schneller vorwärts. Es liegen so große und schwere Aufgaben auf unsrem Wege, daß wir Macht, Macht und noch einmal Macht brauchen, um sie zu bewältigen. Unsre Macht liegt aber nicht in erster Linie in den toten Summen, die jnd in großen Schranken aufspeichern können; sondern in den überwindbaren Kräften, die in unsren Reihen wirken.

Wir müssen also versuchen, in unserm Mitgliederzuwachs das gleiche Tempo wieder zu erreichen, wenn möglich, es noch zu steigern. Geeignete Werbetätigkeit muß in allen Wahlstellen einzehen — und vor allem auch an den Orten, wo wir noch keine Wahlstellen, aber zuständiges Gebiet für unsren Verband haben. Kollege W. S. hat dazu schon einige beherzigenswerte Ermahnnungen und Worte gegeben. Die Zeit ist für eine erfolgreiche Agitationstätigkeit durchaus günstig. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist noch immer recht stark, das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebenskosten noch immer sehr groß. Es muß überall, wov es not tut — und es tut überall not — versucht werden, durch Zusammenarbeit unsrer Kollegen und Kolleginnen die Arbeitsbedingungen zu verbessern, und es muß die erreichte Verbesserung ausgenutzt werden, um die Werbearbeit zu befürworten. Es gibt kein besseres Werbemittel als den Hinweis auf errungene Erfolge. Und die Erfolge des Verbandes sind so zahlreich, daß es an Beispiele nügends fehlen kann.

Ein Hemmnis gibt es vor allen Dingen zu überwinden: die Auffassung, daß die Werbearbeit für den Verband der Ortsverwaltung oder den Funktionären des Verbandes allein obliegt. Wo diese Auffassung herrscht, muß die Agitation stocken. Eine wirklich umfassende und fruchtbringende Agitation kann nur dann entfaltet werden, wo ein recht großer Teil der Mitgliedschaft bereit ist, mitzuraten und mitzuarbeiten. Für eine solche Agitation bieten die Frühjahrstage eine günstige Gelegenheit. Sie muß benutzt werden! Überall muß jetzt geprüft werden, in welcher Weise, mit welchen Mitteln in den kommenden Monaten für den Verband geworben werden soll. Wo die Ortsverwaltungen Rat und Unterstüzung brauchen, wenden sie sich an ihre Gauleitung. Sie wird gern helfen, soweit sie nur immer kann.

Besieglt werden muß der Kleinmut, der sich äußert in dem verzögten: Es nützt ja doch nichts! Eine energische Werbearbeit nützt immer. Nicht immer so viel, wie man hoffen oder wünschen darf, aber doch stets mehr als das tatenlose Gehörsam. Gar mancher hat schon die Erfahrung gemacht, daß die eigene Kleingläubigkeit in den Verhältnissen gar nicht begründet war. Nur unbedrossen Hand anlegen, dann wird es schon vorwärts gehen. Aber um alles kein lahmes Mitlaufen. Das bestimme und bestimmende: „Na ja, dann tun wir mal mit, die werden schon sehen, daß es nichts nützt“, ist keine Grundlage für eine erfolgreich

Agitation. Ohne Vertrauen auf den Erfolg, ohne Hoffnung auf ein gutes Ergebnis gibt es keine gut beratene, planmäßig geführte Werbearbeit, also auch keinen wirklichen Erfolg.

Kollege W. S. hat schon ausgeführt, daß sich hier keine Ratsschläge geben lassen, wie, d. h. mit welchen Mitteln, die Werbearbeit in den einzelnen Orten zu führen ist. Das zu entscheiden ist Sache der Wahlstellen bzw. der in den einzelnen Orten gebildeten Körperschaften. Hier können nur einige allgemeine Hinweise gegeben, hier kann nur immer wieder die Mahnung erhoben werden: Stärkt den Verband, sorgt dafür, daß die Zukunft uns stark und gerüstet findet.

Dr. Kuhlho sicht nun noch nicht das Ende, sondern erst den Anfang. Er glaubt, in Deutschland nach einem alten englischen Muster arbeiten zu können und vergibt, daß die deutschen Gewerkschaften nicht dumm genug sind, aus Gesäßigkeit gegen die Unternehmer nachzuholen, was sie in wohlberechneter Wahrung eigener Interessen vermieden haben. Die deutschen Arbeiter wissen, daß ihr Heil nicht in der Herausführung einer Arbeiterschaft liegt, sondern in der Hebung der gesamten Arbeiterschaft liegt.

Recht bemerkenswert sind einige Ausführungen, die Kuhlho über die Lohnbemessung in Rücksicht auf die Produktionskosten macht. Er sagte:

„Bei Regelung dieser Fragen wird es vielleicht gar nicht so viel auf die absolute Lohnhöhe ankommen als darauf, in welchem Verhältnis die Löhne zu denjenigen stehen, die von den mit uns konkurrierenden Ländern gezahlt werden müssen. Es ist für unsre Ausfuhrindustrie nicht wesentlich, ob der Produktionswert einer Ware, die wir vor dem Kriege für 10 Mt. erzeugt haben, in Zukunft 15 Mt. oder 20 Mt. sein wird, als daß unsre Mitbewerber auf dem Weltmarkt dieselbe Ware nicht unter 25 Mt. herstellen können. Gelinge uns die dauernde Beibehaltung eines Vorsprungs, dann wird auch die Lösung des Lohnproblems in Deutschland in einer befriedigenden Weise erfolgen können. Es müssen sich eben auch die Arbeiter darüber klar sein, daß es sich nicht darum handelt, welchen Lohn der Unternehmer zu zahlen bereit ist, sondern bis zu welcher Höhe er gehen kann, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Dazu ist zunächst festzustellen, daß der Einfluß der Lohnhöhe auf die Produktionskosten bei zahlreichen Industriezweigen von untergeordneter Bedeutung ist. Wäre es anders, so hätten England und vor allem Amerika mit ihren weit höheren Löhnen mit Deutschland nicht konkurrieren können. Zum andern ist festzuhalten, daß nur ein Bruchteil der Industrieerzeugnisse in das Ausland geht und daß die allgemeine Lohnbemessung nicht abhängig gemacht werden kann davon, ob sie die Exportmöglichkeit des kleinen Bruchteils einschränkt. Die Weisheit, daß die Arbeiter bei ihren Forderungen berücksichtigen sollen, „bis zu welcher Höhe er (der Unternehmer) gehen kann“, ist uns schon vor dem Kriege bis zum Überdruss verklungen. Sie ist heute nicht schwächer, als sie es früher war. Die Unternehmungen sind nicht gleichmäßig in ihrer Leistungsfähigkeit, die Unternehmer nicht gleich stark in ihrer Zahlungsfähigkeit. Es gibt technisch fortgeschritten und rückständige Unternehmungen, wirtschaftlich starke und schwache Unternehmer. Wer soll den Maßstab suchen? Sollen die Arbeiter mit ihren Forderungen Rücksicht nehmen auf den rückständigen Betrieb, auf den schwächen Unternehmer? Sollen sie ihre berechtigten Forderungen zurückstellen, unter Umständen auf das „sogenannte Existenzminimum“ verzichten, weil ein einsichtsloser oder verschwendlerischer Unternehmer dadurch wirtschaftlich geschwächt oder gar ruiniert werden könnte? Das kann, das darf der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden. Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß der Maßstab für die Berechnung des Arbeitslohnes das Leben und das Existenzbedürfnis des Unternehmers ist.

Dr. Kuhlho betrachtet seine Auffassung über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses nach dem Kriege als eine geeignete Basis für eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft. Er schreibt:

„Eine der jüngsten Folgen des Krieges wäre es sein, wenn auch die beiden bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. Zu diesem Zwecke wird es aber vor allem notwendig sein, daß der Unternehmer den Lebensinteressen des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt, und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmers richtig würdigt erkennt, daß er allmächtig ist, daß seine Interessen mit denen des Unternehmers völlig solidarisch sind. Eine blühende Zukunft ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Angabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter die Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegenseite auszugleichen. Die Gewerkschaften mögen zeigen, daß sie zur nächsten Märkte bereit sind und ihre Hauptansatzpunkte nicht in der Ausreicherhaltung einer feindlichen Stimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seien.“

Bei aller Neigung zu einem „Verständigungsfrieden“ gestehen wir doch, daß wir in den Friedensbedingungen des Herrn Kuhlho keine tragfähige Grundlage für einen jüchten Frieden sehen. Wir bestreiten keinen Augenblick, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern gemeinsame Interessen gibt, aber daß die Interessen beider Teile „völlig solidarisch“ sind, ist eine Behauptung, für die wir wenigstens einmal den Versuch eines Beweises sehen möchten. Könnte Herr Dr. Kuhlho ihn führen, so würde er sich ein Verdienst nicht nur um Deutschlands Zukunft, sondern um die ganze Welt erwerben, wenn er auch nicht einen Augenblick länger damit zögern würde. Die Arbeiter müßten ja Karten sein, wenn sie einen solchen Beweis nicht präsentieren würden, und sie müßten dreimal Karten sein, wenn sie den Beweis für stichhaltig anerkennen müßten und doch in ihrer Kampfstellung beharren wollten. Aber Herr Kuhlho wird den Nachweis nicht einmal versuchen, geschweige denn führen können. In diesem Versuche sind schon so viele gescheitert, daß die Spuren schreden.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehaltsstellen-Anzeigen, die
3 geplante Kolonial-Zeile
50 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Bewilligung gestimmt. Auch die Gutachter haben im Prinzip dafür gestimmt, bei der endgültigen Abstimmung waren diese nicht erschien.

5. Der angeblich „enge Anschluß“ des Mügelner Kartells an das Dresdner hat nur insoweit bestanden, indem einzelne Vorsitzende des Mügelner Kartells zu ihren eigenen Information bei bevorstehenden Anlässen die Vorstandssitzung des Dresdner Kartells besuchten, aber ohne jede gegenseitige Verbindlichkeit und wozu keiner der Vorsitzenden verpflichtet war. In der ganzen Zeit des Bestehens des Mügelner Kartells ist nicht ein einziges Mal ein Zusammensetzen mit dem Dresdner Kartell notwendig geworden, konnte auch nicht notwendig werden, weil das Tätigkeitsgebiet in dem Mügelner Kartell ein fast rein ländliches, das des Dresdner ein rein abgezweigtes städtisches Gebiet ist. Das Kartellgebiet Mügeln erstreckt sich vorwiegend auf die Amtshauptmannschaft Pirna. Darin befinden sich selbständige Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Sicherungsämter, wie verzweigte Kranenkassen mit den verschiedensten Statuten und Wahlordnungen. Schon die künftigen Vertreterwahlen zu diesen Institutionen werden zeigen, wie unberechtigt es wäre, aus dem reichsweiten Industriegebiet der Amtshauptmannschaft besonders Niederschlesien, Mügeln, Seidenstadt, Pirna, das selbständige Gewerbeamtsschultheiße zu entfernen. Bei allen diesen Wahlen muß das Unanonyme bestimmt eintreten, wenn der Zustand so verbleibt, wie er gegenwärtig eingetreten ist, daß sich zwei Gewerbeamtsschultheiße mit ihren Vorschlagslisten gegenüberstehen, vorausgesetzt daß nicht eins der Kartelle auf eine Teilnahme an der Wahl verzichtet.

Eine öffentliche Kritik dieser Vorgänge lehnt die Versammlung so lange ab, bis die Generalkommission ihr Urteil darüber abgegeben hat.“

Der Verband der Bäcker und Konditoren

veröffentlicht seine Jahresabrechnung. Der Verband hat infolge der fortwährenden Einberufungen an Mitgliedern verloren. Er hat jetzt 34.000 Mitglieder im Heeresdienst. Im Jahresabschluß betrug die Zahl der noch vorhandenen männlichen Mitglieder 4839; zu Beginn des Jahres waren 5.000. Dagegen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 2178 auf 2457 gestiegen. Insgesamt zählte also der Verband am Jahresabschluß 7296 Mitglieder. Beachtenswert ist die Feststellung, daß der Verband unter den nicht zum Heeresdienst einberufenen Mitgliedern während der ganzen Kriegszeit keine Verluste zu verzeichnen hatte. Wenig günstig ist der Kassenabschluß. Das Verbandsvermögen hat sich von 453 224 M. auf 439 604 M. vermindert. Bei der Besprechung der Rechnungsabschlüsse im Verbandsorgan wird gesagt, daß es die Hauptrangobligie der kommenden Zeit sein wird und muß, in bezug auf die Stärkung der Finanzen die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Im Tabakarbeiter-Verband

wird eine Vorlage zur Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen zur Urabstimmung gestellt. Die Beiträge sollen sich nach der Lohnhöhe richten und bei einem Wochenverdienst bis 15 Pf. 35 Pf., bei 15 bis 21 M. Wochenverdienst 50 Pf. und bei höherem Verdienst 75 Pf. befragen. Die Urabstimmung findet Anfang März statt. Im Falle der Annahme treten die neuen Bestimmungen am 1. April in Kraft.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Angesichts der rührigen Tätigkeit und gestützt auf die Mitglieder auf Grund des vaterländischen Hilfsdienstgegeses gewählten Arbeiterausschüsse gelang es uns, in den geplanten Betrieben des Erzgebirges Einfluss zu gewinnen, wodurch wir einen Mitgliederzuwachs von 1784 Personen zu verzeichnen hatten. Trotz des so vieler geräumten Burgfriedens konnte es nicht vermieden werden, daß wir in drei Betrieben Maßregelungen hatten. Unter andern wurden uns im Betrieb der Nudelfabrik Otto Liebers, Hartmannsdorf, zwei Kolleginnen gemahngestellt. Wir konnten dort den durch die kündigunglose Entlassung Geschäftsführer durch eine Gewerbegebietslager fest ihren gefärbten Verdienstschaden zurückfordern. In einer Papierfabrik des Thüringens wurde uns wegen ihrer agitatorischen Tätigkeit eine Vertrauensstelle gemahngestellt, welcher anstandslos die Kündigungsfrist ausgezögelt wurde. Weitere Maßregelungen hatten wir in der Bündelholzfabrik C. Meyer, Obernhau, zu verzeichnen. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes sah sich aus solidarischen Gründen und infolge der abnehmenden Haltung zu der gefestigten Lohnförderung veranlaßt, die Arbeit wegen der vorgenommenen Maßregelung niederzulegen. Dies hatte einen längeren Streik im Folge, wofür die Summe von 227 M. zur Auszahlung gelangte. Infolge der kurzen Mitgliedschaft konnte die volle Streitunterstützung nicht verausgabt werden. Ferner sei bemerkt, daß wir auch von Anfang nicht verhindern ließen, weil sich die Unternehmer als Herr im Hause fühlten und glaubten, der Organisation Schädigung zuzufügen. Eine Borsendorfer Firma ließ uns eine Versammlung durch den Hilfsgebietsrat als politische Lemsgemeinde, trotzdem zur Tagesordnung stand: „Was muß der Arbeiter von dem vaterländischen Hilfsdienstgegesetzen wissen?“ und: „Sind die Löhne der Arbeiterschaft zeitgemäß?“ Nach mehrmaligem Verhör des Kollegen Schönfert und des Gaukellers Neurath aus Dresden wurde die Klage eingestellt. Desgleichen verfügte die Firma Papierfabrik Weidenmüller, Dremmen, auf Grund ergangener Einladungen in zwei Fällen Versammlungen als politische hinzutun.

Das erste Strafmandat von 12,50 M. für Verfehlten von Beteln an Gefangen durch eine Kollegin übernommen wir. Das zweite Mandat von 68 M. oder zwölf Tage Haft wurde dem Kollegen Schönfert seitens des Amtsgerichts Minerva zugesetzt. Gegen dieses Mandat erhob die Organisation Einspruch. Vor Gericht vertrat sich der Kollege Schönfert selbst und erzielte seine Freisprechung. Daß manchen Arbeitgebern kein Mittel zu gering erscheint, um die Forderungen der Arbeiter abzuweisen, zeigt folgendes Beispiel: Die Firma D. L. legte ihrer Arbeiterschaft vor dem Tage einer Versammlung einen Revers zur Unterfahrt vor, welcher folgenden Inhalt hatte:

„Nach erfolgter Aussprache 1917 und um Streitigkeiten zu vermeiden, erklären sich Nachfolgende mit den von der Firma D. L. bewilligten Löhnen und Leistungszulagen sowie festgelegten Arbeitszeiten auf die Dauer eines Jahres einverstanden und erklären hiermit, keine weiteren Lohnanträge und Arbeitszeitverkürzungen auf die Dauer eines Jahres stellen zu wollen. Eigert sich jemand wider Erwarten für den innehabenden Posten nicht, dann kann nur der für den neu anzutretenden Posten festgelegte Lohn geltend werden. Mit oben Gesagtem erläutern sie sich durch eigenhändige Unterschrift einverstanden, und in die Arbeitsordnung weiterhin zu befolgen und maßgebend.“

Auch hiergegen wandte sich die Organisation. Die darauffolgende Versammlung führte zum Abschluß eines Lohnurteils. Zu 23 Betrieben wurden Eingaben auf Lohnhöhungen gemacht und ergänzen Bußzüge für die Arbeiterschaft von 4 bis 14 M. pro Woche. Auch in einer Reihe Chemnitzer Betriebe wurden für die Arbeiterschaft Verbesserungen erreicht. Nur die königlichen Inlandesbahnen erachten es nicht für angebracht, mit dem Vertreter der Organisation zu verhandeln, obwohl es hier gerade besonders nötig wäre.

Am 3. Februar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung für das Jahr 1917 ab. Die Versammlung wies einen guten Besuch auf. Kollege Schönfert erläuterte den Geschäfts- und Kassenbericht. Es wurde eine ausgedehnte Agitation entfaltet, wodurch es gelang, auch in jenen Betrieben, die zu lassen, wo es bisher lang jahrelanger Tüchtigkeit nicht möglich war. So gelang es uns, in fast alle Betriebe des Erzgebirges einzudringen und für die dort beschäftigte Arbeiterschaft zu den so niedrigen Löhnen Zulagen sowie sonstige Verbesserungen einzuführen.

Die Mitgliederbewegung gehärtete sich im Berichtsjahr günstig. Wir hatten einen Zugang von 1903 Mitgliedern, dessen ein Abzug von 362 gegenübersteht. Der Zuwachs beträgt mit 1511 Mitglieder. Am Ende des Berichtsjahrs hatten wir 2150 Mitglieder.

In 23 Betrieben reichten wir Lohnforderungen ein und erzielten für 2860 Arbeiter und Arbeitnehmer einen Gehaltszuwachs von 4 bis 11 M. pro Woche. Auch wurden für 940 Personen Arbeitszeitverkürzungen eingezögelt. Die Hauptfasse bilanzierte mit 28 281,95 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: an Arbeitslohe 466,65 M., an Kranken 630,75 M., an Umgangsgeld 152,50 M., an Sterbegeld 249,00 M., an Streitunterstützung 238,55 M. Der Hauptfasse wurde im Jahre 1917 die Summe von 7767,65 M. zugeflossen. Am Bußzugs wurden der Lokalkasse 886,01 M. überwiesen. Die Lokalkasse bilanzierte mit 12 557,92 M.

Die Korrespondenz war sehr rege. Es wurden regelmäßig 160 bis 180 Briefe oder Telegramme an unsere Kollegen in jedem Land zur Information über Aufgenommenen wurden im letzten Jahr 305 Mitglieder, ausgetreten sind

den Stand der Zahlstelle gesandt. Mehrere Eingaben an die Behörden und andre Institutionen machten sich nötig, um den Wünschen unserer Kollegen gerecht zu werden. Der im August vorigen Jahres eingeführte Lokalschluss sowie die fünf Extrabeiträge hatten einen Verlust an Mitgliedern nicht zur Folge.

Infolge der vorgebrachten Zeit wurde von einem Bericht vom außerordentlichen Verbandsstag Abschluß genommen, woraufhin man zu den eingegangenen Anträgen Stellung nahm. Die Generalversammlung beschloß, auch im Jahre 1918 es den Mitgliedern zur Pflicht zu machen, zur Deckung der Agitationskosten die fünf Extrabeiträge abzuführen. Hierauf stand die Wiederwahl der gesamten Ortsverwaltung statt. Sämtliche Verwaltungsmitglieder erklärten sich einverstanden, ihre Dienste auch für das neue Geschäftsjahr der Organisation zu widmen. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung sowie der Verbandsleitung zugeteilt.

Johannes Schönfert.

Harburg. In der Generalversammlung am 29. Januar erläuterte Kollege Adler den Jahresbericht. Während die Jahre 1914 und 1915 Jahre des Mitgliederrückgangs, das Jahr 1916 ein Jahr der Zufriedigung in der Mitgliederbewegung war, kann man das Jahr 1917 als das Jahr des Mitgliederaufschwungs bezeichnen. Die Auflösordnung im vorjährigen Jahresbericht, im kommenden Jahr von allen Seiten für den Ausbau der Organisation zu werten, hat rechtliche Früchte getragen. Einzelne Funktionäre haben ganz hervorragend für die Mitgliederbewegung geworben. Durch alle diese Mitarbeiter war es möglich, unsere Mitgliederzahl um 837 zu erhöhen. Damit haben wir einen Erfolg zu verzeichnen, besser als in den Friedensjahren. Unser Tätigkeitsbericht hat es das ganze Jahr nicht gezeigt. Zu Anfang des Jahres brachte die Durchführung des Hilfsdiensstes recht viel Arbeit an aller Art. Vor allem die Vorbereitungen für die Wahl der Arbeiterausschüsse. Wo solche bisher nicht bestanden, wurden sie auf unser Betreiben eingerichtet. Aber auch bei bestehenden Arbeiterausschüssen müssen Neuwahlen und Ergänzungen vorgenommen werden. Bei der Neuerrichtung von Arbeiterausschüssen haben Wahlen nicht stattgefunden. Es wurde immer nur eine gemeinschaftliche Liste eingerichtet.

Durch die abgehaltenen Betriebsversammlungen hat sich die ganze Organisationsaktivität sehr gehoben. Unsre Kollegen haben wieder Nutzen, um an eine Verbesserung ihrer Lage heranzutragen. Das Hilfsdienstgebot hat somit zu unserer Mitgliederzunahme und der großen Zahl von Lohnbewegungen beigetragen. Die Verhältnisse sind unter dem Hilfsdienstgebot vorzüglichster für die Arbeiter als vorher unter dem Kriegsdienst.

Aus dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ist von uns alles getan, was getan werden konnte. Die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in den Betrieben erfolgt vielfach unter Beteiligung von Arbeiterversettern. Es wurde eine Kommission gebildet, die über die Verteilung der Lebensmittel an die einzelnen Betriebe und die Beschwerden der Schwer- und Schwierarbeiter entscheiden soll. In dieser Kommission ist der Kollege Adler vertreten. Die Verteilung der Lebensmittel in den einzelnen Betrieben soll unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse erfolgen. Die Arbeiter haben das Recht der Kontrolle. Hiergegen wurde von vielen Firmen verstoßen; auf eingelegte Beschwerde von uns erfolgte Richtigstellung. Beschwerden über unregelmäßige Verteilung müssen uns übermittelt werden, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Die zunehmende Entwicklung zwang die Kollegien und Kolleginnen, sich in fast allen zuständigen Betrieben mit der Verbesserung der Löhne zu beschäftigen. Wir haben gute Erfolge aufzuweisen, obwohl das Ergebnis noch besser hätte sein müssen. In mehreren Fällen erfolgte zuerst Ablehnung der gestellten Forderungen, und nutzten erst durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß die Arbeitgeber eines besseren Beispiel. Insgesamt wurden bei 18 Firmen 33 Lohnbewegungen geführt. Beschäftigt waren bei den 18 Firmen 1712 männliche und 1525 weibliche, zusammen 3237 Personen. Die durchschnittliche wöchentliche Lohnhöhung betrug 7,60 M. für jeden einzelnen Beteiligten, für 3237 Personen also eine wöchentliche Lohnhöhung von 23 517,90 M. Es sind nur die Lohnhöhungen berechnet, die durch uns veranlaßt wurden. Über die Mitgliederbelegschaft ging unterrichten folgende Angaben. Es sind im Jahre 1917 eingetragen: 376 männliche und 869 weibliche, zusammen 1245 Mitglieder. Wechselt als im Friedensjahr (1913). Zugereist sind 70 Mitglieder 4 von andern Verbänden übergetreten und 125 haben sich vom Heeresdienst entzogen. Dagegen sind ausgetreten 146, gestrichen 104, abgereist 145, zu andern Verbänden übergetreten 14, gestorben 29, zum Heeresdienst eingezogen 163 und 6 Mitglieder sind vom Heeresdienst zurück, ohne die Mitgliedschaft fortzusetzen. Dem ersten Zugang von 1444 Mitgliedern steht also ein Abzug von 607 Mitgliedern gegenüber, so daß ein Gewinn von 837 Mitgliedern bleibt. Einem derartigen Gewinn haben wir seit langer Zeit nicht zu verzeichnen gehabt. Es ist immer dabei noch zu berücksichtigen, daß Harburg keine Munitionsindustrie und außer der Metallindustrie keine Kriegsindustrie hat. Voll beschäftigt waren nur die Betriebe der Gummirwaren-Fabriken Harburg-Bien, aber auch hier war die Zahl der Beschäftigten nur zwei Drittel der Beschäftigten in Friedensjahren. In allen andern zuständigen Betrieben war die Beschäftigung infolge Mangels an Rohmaterialien keine regelmäßige. In den Fabriken wurden sehr oft Arbeitnehmer eingezogen und nach kurzer Zeit wieder entlassen, weil Rohmaterial fehlte. Auch in den chemischen und anderen Betrieben kann nicht über gute Beschäftigung berichtet werden. Zum Jahresbeginn machte sich der Rohstoffmangel bemerkbar. Wenn trotz der Schwierigkeiten eine derartige Mitgliedszunahme zu verzeichnen ist, dann zeigt sich, daß von allen Seiten nichts für die Organisation gearbeitet worden ist. Wir haben im Jahre 1917 unser gesamtes Vertrauen aus den Jahren 1914 und 1915 wieder aufgezogen und darüber noch einen Gewinn zu verzeichnen.

Am Ende waren am Jahresende 2194 Mitglieder, noch im Heeresdienst 2185, das sind zusammen 4379. Am 1. Juli 1918 zählten wir 4098 Mitglieder, am 31. Dezember 1917 mit den zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern 4379, das sind 246 gefallene Kollegen zu verzeichnen, aber auch nach Abzug d. der Zahl 6 ist wir noch ein kleiner Gewinn, so daß unser Organisation in der alten Stärke dasteht. Die Hauptfasse schloß mit 34 328,05 M. Einnahme und Ausgabe ab. An Unterstützungen wurden gezahlt: Heimunterstützung 33,30 M., Arbeitslosenunterstützung 592,70 M., Krankenunterstützung 12 598,65 M., Umzugsgeld 210 M., Sterbegeld 306,5 M., Regiments 20 M., Wehrmachtsunterstützung an Familien der Kriegsopfer 36 M. (nachträglich gezahlt). Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 35 865,90 M. und eine Ausgabe von 22 809,22 M., somit steht ein Kapitalbestand von 13 056,68 M. Am außerordentlichen Unterstützungsamt der Lokalkasse waren 1533,90 M. gezahlt.

Alles in allem bietet unser Bericht ein erfreuliches Bild. Wir haben für 3237 Personen eine durchschnittliche Lohnhöhung von wöchentlich 7,60 M. für jeden einzelnen erzielt. An Unterstützungen zahlen wir 1655,65 M. aus der Hauptfasse und 1533,90 M. aus der Lokalkasse zusammen 18 094,55 M. Nicht eingerechnet ist die Wehrmachtsunterstützung an die Kriegsopfer 1917, die erst nach wenigen Jahren zur Auszahlung kam. Alle diese Erfolge müssen im neuen Jahre zur Gewinnung von Mitgliedern benutzt werden. Arbeitern und Kolleginnen im neuen Jahre mit demselben Eifer für die Organisation, dann werden wir im nächsten Jahre über gleiche Erfolge berichten können.

Hildesheim. Am 3. Februar stand im Gewerkschaftshaus unserer Generalversammlung statt. Unter dem 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 1. Quartal verlesen. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptfasse betrug 2076 M., die Einnahme der Lokalkasse 2001,69 M. Der eine Ausgabe von 715,25 M. gegenübersteht. Der Lokalkassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1285,81 M. Unter dem 2. Punkt gab Kollege Chiemig (Hannover) den Bericht vom Verbandsstag. Den wichtigsten Punkt bildete die Beitragserhöhung und die Erhöhung der Unterstützungsabgaben. Eine befriedige Finanzierung der Hauptfasse ist notwendig geworden, da die Einnahmen mit den verschiedenen Ausgaben nicht gleichermaßen gehalten hätten. Der Antrag des Hauptvorstandes eine Steigerung der Beiträge in 6 Klassen einzuführen, bei vom Verbandszuge abgelehnt worden. Die Beitragserhöhung mit dem 1. April in Kraft. Die erhöhten Unterstützungsabgaben werden vom 1. Oktober an gezahlt. Eine eingerichtete Revision, welche besagt, daß jährlich die Versammlung mit den Beiträgen des Verbandsstages einverstanden erhält, wurde einstimmig angenommen. Aus dem Jahresbericht ist folgendes hervorgeholt: Am Monat wurden umgewandelt 4064 Stück zu 25 Pf. Jedes darunter zu 10 Pf. 6371 Stück zu 5 Pf. 4958 Stück zu 25 Pf. Jedes darunter zu 10 Pf. 234 Stück zu 5 Pf. 58 Stück. Herausgabe wurden an Kronenunterstützung 2006,55 M., für Sterbegeld 590 M., für Arbeitslohe 185,00 M., in Sterbegeld 10,90 M. An die Hauptfasse waren 2739,93 M. gezahlt.

Die Korespondenz war sehr rege. Es wurden regelmäßig 160 bis 180 Briefe oder Telegramme an unsere Kollegen in jedem Land zur Information über Aufgenommenen wurden im letzten Jahr 305 Mitglieder, ausgetreten sind

18 Mitglieder; der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres betrug 490, davon 275 männliche und 215 weibliche. Zum Mitglied ernannt sind 352 Kollegen; davon sind 24 als gefallen gemeldet. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand habe sich zum Schlus die Bitte an die gut besuchte Versammlung, mehr denn je zu erneutern und zu organisieren, damit wir auch den letzten Mann in den Verband bringen, zum Nutzen der Arbeiter und zum Wohl des Verbandes.

Ludwigshafen. Das Jahr 1917 hat uns Hoffnung auf Frieden nicht erfüllt. Für das Verbandsleben traten neue Ausgaben in die Erinnerung. Das Hilfsdienstgebot brachte in die Marche des Arbeiterschlafes einige Ordnung; durch Einrichtung der Ausflüsse beim Kriegsamt wurde den Arbeitern die Wahrung ihrer Rechte gewährleistet. Die Arbeiterausschüsse wurden obligatorisch und erhielten weitgehende Rechte in der Vorbereitung von Arbeitervitten und -forderungen. Aus der Zusammenstellung der Vorschläge zu den einzelnen Ausschüssen beim Kriegsamt und der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen erwuchsen unerhebliche Arbeiten. Der Erfolg war zufriedenstellend. In der Amtliniabrat entschieden auf unsre Eile, auf die des Werkberufs 3. Berater. Bei Grünweig u. Hartmann erhielten wir von 5 Sizien 4. Die Arbeiterausschüsse bei Dr. Raßig, Michel u. Cie. und in der Preßfrei- und Spritfabrik wurden in der alten Form beibehalten. Bei Gebrüder Giulini vertrugen die Arbeiter bei Eröffnung der Firma. Die Firma stellte eine eigene Liste auf und setzte darauf die Namen einer Reihe organisierter Arbeiter. Diese Kollegen fanden nicht den Nutzen, sich dort strecken zu lassen. Die Firma ging dann ohne Wahl durch. Trotzdem fanden wir mit dem Arbeiterausschuß Fühlung, um er arbeitet (mit Ausnahme einiger Mitglieder) im Interesse der Arbeiterschaft. Bei der Firma Böhlner in Rheingönheim konnten wir von 4 Sizien nur 2 befehlen. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes läßt sich zu ihrem Schaden von den Meistern beeinflussen. Ebenso konnten wir bei der Firma Knoll u. Cie. keinen Einfluß auf die Wahl gewinnen. Ob dort eine Ergänzungswahl vorgenommen wurde oder im Betrieb überhaupt ein Ausschluß besteht (wir denkt an das der Fall), konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Die Arbeiter dieser Firma stehen in ihrer Mehrheit aus dem Standpunkt, daß die Arbeiter anderer Fabriken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln haben. Ihre Firma folgt dann dieser Regelung.

An Grünweig und Hartmann erhielten wir mit dem Arbeiterausschuß eine durchschnittliche Steigerung der Stundenlöhne von 12 Pf. für männliche und von 17 Pf. für weibliche Arbeiter erzielt. Bei Grünweig u. Hartmann wurde in zweimaliger Lohnbewegung der Stundenlohn um 24 Pf. für männliche und 8 Pf. für weibliche Arbeiter erhöht. Damit sind die Arbeiter dieses Betriebes im Lohn mit den Arbeitern anderer Betriebe annähernd gleichgestellt. Bei Dr. Raßig wurde ebenfalls in zweimaliger Bewegung eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 15½ Pf. erzielt. Bei Gebr. Giulini erreichten wir in zweimaliger Bewegung eine Erhöhung des Stundenlohnes von 13 Pf. für männliche und von 15 Pf. für weibliche Arbeiterschaft. In der Firma Pfeiffer u. Spritfabrik wurden die Arbeiterausschüsse beibehalten, um die Arbeitsteilung mit der Kriegssteuerung nicht zu verzeichnen.

Aus dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ist von uns alles getan, was getan werden konnte. Die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in den Betrieben erfolgt vielfach unter Beteiligung von Arbeiterversettern. Es wurde eine durchschnittliche Steigerung der Stundenlöhne von 12 Pf. für männliche und von 17 Pf. für weibliche Arbeiter erzielt. Bei Grünweig u. Hartmann wurde in zweimaliger Lohnbewegung der Stundenlohn um 24 Pf. für männliche und 8 Pf. für weibliche Arbeiter erhöht. Damit sind die Arbeiter dieses Betriebes im Lohn mit den Arbeitern anderer Betriebe annähernd gleichgestellt. Bei Dr. Raßig wurde ebenfalls in zweimaliger Bewegung eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 15½ Pf. erzielt. Bei Gebr. Giulini erreichten wir in zweimaliger Bewegung eine Erhöhung des Stundenloh

